

Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.

(449.) Protokoll über die Arbeitssitzung am 9. Dezember 2005

Anwesend: **Balharek**, Christa, Karlsruhe; **Bangert**, Alexander, Freiburg; **Blank**, Clemens, Karlsruhe; **Botzet**, Christiane, Freiburg; **Drollinger**, Dr. Kuno, Karlsruhe; **Fischer**, Dr. Detlev, Karlsruhe; **Goldschmit**, Johannes, Karlsruhe; **Herrbach-Schmidt**, Dr. Brigitte, Karlsruhe; **Kremer**, Hans-Jürgen, Hagenbach; **Krimm**, Prof. Dr. Konrad, Karlsruhe; **Lang**, Susanne, Karlsruhe; **Müller**, Dr. Leonhard, Karlsruhe; **Noe**, Dr. Georg, Ettlingen; **Rödel**, Prof. Dr. Volker, Karlsruhe; **Roellecke**, Elga, Karlsruhe; **Roellecke**, Prof. Dr. Gerd, Karlsruhe; **Schillinger**, Erich, Karlsruhe; **Schwarzmaier**, Lore, Karlsruhe; **Schwarzmaier**, Prof. Dr. Hansmartin, Karlsruhe; **Staudte**, Michael, Ubstadt.

Vortrag von

Alexander Bangert, Freiburg

über

Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) in Baden 1918-1933

Eine Studie über eine liberale Partei in der Zeit der Weimarer Republik muß inhaltlich zwei Bedingungen erfüllen: Sie hat den Schwerpunkten der klassischen Parteienforschung Rechnung zu tragen und befasst sich deshalb in der Regel mit der Programmatik, der Organisation, der Parlaments- und Regierungsarbeit sowie dem Führungspersonal einer Partei. Darüber hinaus gilt es, nach den Ursachen und Gründen für den rasanten Niedergang der DDP zu fahnden, der symptomatisch für die Krise des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit war. Denn nicht nur die DDP, sondern auch die ihr verwandte *Deutsche Volkspartei (DVP)* erlitt im Verlauf der 1920er Jahre einen massiven Mitglieder- und Wählerschwund, bis schließlich zu Beginn der 1930er Jahre beide Parteien auf den Status von Splitterparteien herabsanken.

Bisherige wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die DDP trotz unbestreitbarer Verdienste um den Aufbau der Republik an einer unklaren Programmatik, an Mängeln in der Organisation und an internen Flügelkämpfen litt. Allerdings beschränken sich fast alle Veröffentlichungen über die DDP auf eine Betrachtung der Politik der Partei auf Reichsebene. So liegt auch für den badischen Landesverband der DDP bislang keine eigenständige Untersuchung vor. Dies ist insofern bemerkenswert, da der Liberalismus im Großherzogtum

Baden Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Arbeiten ist. Dagegen trifft der Befund, dass die Verankerung der DDP auf kommunaler und regionaler Ebene und das soziale Profil ihrer Mitgliederschaft weitgehend unerforscht ist, auf Baden wie auf die anderen Länder des Reiches zu. Gleiches gilt für die von der DDP im Badischen Landtag und in der Regierung verfolgte Politik und die ihr dabei zur Verfügung stehenden Handlungsspielräume.

Im Rahmen dieses Vortrags möchte ich auf drei Bereiche aus der Geschichte der badischen DDP näher eingehen:

1. Die Gründung der Partei,
2. Die Entwicklung der Parteiorganisation und
3. Die Rolle der DDP in der Landespolitik.

Bevor ich auf die Gründung der DDP eingehe, sei noch ein kurzer Blick auf den historischen Kontext gestattet: Als im Oktober 1918 die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg (1914-1918) feststand, breitete sich in den ersten Novembertagen eine aus der Kriegsmüdigkeit und Unzufriedenheit der Bevölkerung entstandene revolutionäre Bewegung von Norddeutschland Richtung Süden aus. Am 9. November konstituierten sich im Karlsruher Rathaus ein Soldatenrat und ein Wohlfahrtsausschuss aus Vertretern der Parteien. Am nächsten Tag erfolgte nach der Demission der großherzoglichen Regierung sowie Verhandlungen zwischen Parteipolitikern und den Leitern des Soldatenrats die Bildung einer vorläufigen badischen Volksregierung, an der sich die MSPD, die USPD, das Z sowie die *Nationalliberale Partei* (NLP) und die linksliberale *Fortschrittliche Volkspartei* (FVP) beteiligten.

Unter der Parole „Ruhe und Ordnung“ verständigten sich die Volksregierung und die Führung der badischen Arbeiter- und Soldatenräte auf eine Zusammenarbeit; Priorität sollte dabei die Lebensmittelversorgung in den Städten haben. Obwohl ursprünglich die Entscheidung über die künftige Staatsform dem neu zu wählenden Landtag vorbehalten sein sollte, ließ die Regierung am 14. November 1918 verlautbaren, dass Großherzog Friedrich II. auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet habe, so dass Baden nun eine freie Volksrepublik sei. Damit war die Staatsformfrage vorab entschieden worden, obwohl der Thronverzicht Friedrichs II. erst acht Tage später erfolgte. Die Wahl zur verfassunggebenden Versammlung war für den 5. Januar 1919 vorgesehen und sollte „nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten

männlichen und weiblichen Personen” stattfinden (zitiert nach: Öftering, Umsturz in Baden 1918, S. 221).

1. Die Fusionsverhandlungen von FVP und NLP im November/ Dezember 1918

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahltermins begannen die Parteien, sich unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen für den Wahlkampf zu rüsten. So räumte die *Nationalliberale Partei* (NLP) Ende November 1918 in einer Pressemitteilung ein, dass ihr Bestand im Krieg schwer Not gelitten habe, da zahlreiche Ortsvereine lahmgelegt und einige sogar aufgelöst worden seien. Selbst das nun wieder eröffnete Generalsekretariat sei in den letzten beiden Kriegsjahren geschlossen gewesen, so dass sich die aktuelle Zahl der Mitglieder nicht annähernd bestimmen lasse (Konstanzer Zeitung, Nr. 325, 29.11.1918).

Ohne ein genaues Meinungsbild von der jeweiligen Parteibasis einholen zu können, stellten sich die Parteien des bürgerlichen Lagers sehr rasch auf den sogenannten „Boden der Tatsachen“, indem sie ein Bekenntnis zu Republik und Demokratie abgaben. Freilich geschah dies meist weniger aus innerer Überzeugung als aus Furcht vor dem Sozialismus. Durch Kompromißbereitschaft hoffte man - wie sich zeigte zu Recht -, die Mehrheitssozialdemokratie von einer radikalen Umsetzung ihres Programms abbringen zu können. Um der SPD ein größeres Gewicht entgegensetzen zu können, plädierten in ganz Deutschland Politiker von FVP und NLP dafür, die seit 1866 andauernde Spaltung des Liberalismus zu überwinden. Noch vor den ersten Gesprächen zwischen Vertretern beider Parteien über eine Vereinigung hatte sich in Berlin eine Gruppe um den Publizisten Theodor Wolff und den Soziologen Alfred Weber gebildet, die am 16. November 1918 im *Berliner Tageblatt* zur Gründung einer großen demokratischen Bürgerpartei aufrief. Diese Partei sollte sich eindeutig nach links orientieren und eine Verständigung mit der SPD anstreben.

Das Ergebnis der weiteren Verhandlungen war, dass sich einige Tage später die FVP der demokratischen Gruppe um Wolff und Weber anschloss und ihre Parteiorganisation in die neugegründete *Deutsche Demokratische Partei* überführte. Am 25. November 1918 vollzog die badische Landesorganisation der FVP mit ihren 123 Ortsvereinen den Beitritt zur DDP (Frankfurter Zeitung, Nr. 328, 26.11.18).

Dagegen war das Schicksal der NLP ungewiss. In Berlin war nur ein Teil der Organisation, hauptsächlich der linke Parteiflügel, zur DDP übergegangen, während die Führungsspitze um Gustav Stresemann zur Gründung einer „Deutschen Volkspartei auf nationaldemokratischer

Grundlage" aufforderte. Aber auch innerhalb der NLP war der Wunsch nach einer Vereinigung des gesamten bürgerlich-liberalen Lagers sehr stark. Ab Mitte November 1918 erreichten die Parteiführung der badischen NLP zahlreiche Schreiben von Ortsvereinen (Bruchsal, Lahr, Lörrach, Rastatt), in denen ein Zusammengehen mit der FVP/ DDP angemahnt wurde. Aber auch an warnenden Stimmen fehlte es nicht.

Der Freiburger Althistoriker Fabricius, Mitglied im Landesvorstand, schrieb in einem Brief an Parteiführer Rebmann, dass sich die programmatischen Forderungen von NLP und FVP nur vorübergehend decken oder berühren würden, da die Gegensätze der grundsätzlichen Anschauungen weiter bestünden. Die FVP sei nun einmal doktrinär und international ausgerichtet, die NLP dagegen eine vaterländische Partei. Fabricius befürchtete konkret: „Vereinigen wir uns mit der Volkspartei, so wird es uns ergehen, wie der Sozialdemokratie mit den Unabhängigen: die Minderheit wird uns, die Mehrheit, terrorisieren" (GLA Karlsruhe: 69 P/ 36, 205). Die Parteiführung der badischen NLP nahm Ende November Verhandlungen mit der DDP auf, von deren Verlauf sie ihre weitere Stellungnahme abhängig machen wollte.

Der Druck, der auf der nationalliberalen Parteiführung lastete, war sehr groß, da sie in einem Dilemma steckte, wie sie in einer Pressemitteilung eingestand: „Wenn bis heute eine Entscheidung noch nicht gefallen ist, so liegt dies nicht an einem Mangel an guten Willen seitens der Parteiführung, sondern an den tatsächlichen Schwierigkeiten. Während nämlich aus den Städten der Wunsch nach Verschmelzung recht lebhaft geäußert wird, lauten die Mitteilungen vom Lande im wesentlichen entgegengesetzt. Wir haben somit im Falle der Verschmelzung auf dem Lande mit einer erheblichen Abwanderung nach rechts zu rechnen" (Konstanzer Zeitung, Nr. 326, 30.11.18). Allerdings wurden am 2. Dezember 1918 die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Parteiführer Edmund Rebmann berichtete dem Parteivorstand, dass die DDP eine Parteienfusion abgelehnt habe, da die NLP und ihre Führer aufgrund ihrer Haltung im Krieg zu stark kompromittiert seien. Statt dessen habe die DDP für sich die Befugnis beansprucht, über den Parteieintritt jedes einzelnen Nationalliberalen zu entscheiden.

Diese Forderung war für die Nationalliberalen inakzeptabel. Der engere Ausschuss entschied daraufhin mit einstimmigem Votum, die Parteiorganisation unter dem Namen „Badische Volkspartei" aufrecht zu erhalten. Gleichwohl liess die Partei verlauten, sie halte an ihrem Standpunkt fest, dass „eine Zusammenfassung aller freiheitlich gesinnten, nicht sozialdemokratischen Männer und Frauen in Baden und im Reich geboten" sei (Konstanzer

Zeitung, Nr. 329, 3.12.18). Mit diesem taktisch geschickten Vorgehen wurde der Druck auf die Demokraten erhöht. Denn für den Fall, dass sich die NLP ohne größere personelle Verluste behaupten sollte, drohte der DDP das Schicksal ihrer Vorgängerparteien in Baden, nämlich die Existenz einer nur kleinen linksliberalen Partei.

Auch vor dem Hintergrund neuer Einigungsversuche in Berlin plädierten auf einer Sitzung des Landesausschusses der DDP am 9. Dezember 1918 in Offenburg die Landtagsabgeordneten Hermann Hummel und Oskar Muser dafür, unter Einhaltung gewisser Mindestforderungen die Einigungsgespräche wiederaufzunehmen. Trotz starken Widerstands in der anschließenden Aussprache wurde schließlich eine Kommission mit der Fortsetzung der Verhandlungen betraut (Frankfurter Zeitung, Nr. 342, 10.12.18). Bereits einen Tag später trafen die Unterhändler beider Seiten zu einer neuen Gesprächsrunde zusammen und konnten alle strittigen Punkte ausräumen, so dass mit dem Beitritt der BVP zur DDP die liberale Einigung in Baden perfekt gemacht werden konnte.

Die Vereinbarung umfasste u. a. die Einsetzung eines sechsköpfigen Vollzugsausschusses als provisorischen Parteivorstand - den Vorsitz übernahm Hermann Hummel -, die Klärung programmatischer Fragen sowie Richtlinien für den Zusammenschluss der Ortsvereine. So hatten die Nationalliberalen durchgesetzt, dass die Forderungen des Landes-Bauernrates ins Parteiprogramm aufgenommen werden sollten, um eine betont landwirtschaftsfreundliche Haltung einzunehmen. Zudem verständigte man sich darauf, dass der Religionsunterricht ein Pflichtfach an den Schulen bleiben sollte. Was die Fusion der Ortsvereine anging, sollten in den Vereinen mit mehrheitlich nationalliberalen Mitgliedern diese die Hälfte der Vorstandsposten besetzen, in den übrigen Vereinen sollte die ehemals nationalliberale Richtung zumindest Anspruch auf eine entsprechende Vertretung haben (Konstanzer Zeitung, Nr. 338, 12.12.18). Angesichts der nur drei Wochen später stattfindenden Wahlen zur Badischen Nationalversammlung wurden in aller Eile das Parteiprogramm und ein Wahlaufzug ausgearbeitet.

In einem ersten Aufruf des Vollzugsausschusses wurde die Vereinigung der liberalen Parteien als großes Werk gefeiert. Durch die Ereignisse der letzten Wochen seien alte Gegensätze ausgeschaltet und neue Zeitforderungen in den Vordergrund gerückt worden. Als primär wurde die Schaffung einer demokratischen Republik auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und Pflichterfüllung angesehen. Am Ende des Aufrufs erging an alle Parteigenossen und Parteigenossinnen die Aufforderung, das gelungene Werk bei der Ausführung nicht durch

„kleinliche Gesichtspunkte“ zu gefährden, denn bei allen gegensätzlichen Strömungen bleibe das große Ziel, „den deutschen Stämmen eine auf Gleichberechtigung gegründete Ordnung der Zukunft, die Einheit und die Freiheit nach außen und innen zu bringen“ (Konstanzer Zeitung, Nr. 339, 13.12.18).

Das Programm der DDP in Baden, das das Datum des 12. Dezember 1918 trägt, enthielt eine Vielzahl von Einzelforderungen, an erster Stelle wurden die Einheit Deutschlands und erneut die demokratische Republik mit bundesstaatlicher Gliederung genannt. Den Schwerpunkt des Programms bildeten jedoch wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen: Um den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens nicht zu gefährden, wurde vor verführten Experimenten gewarnt und eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel abgelehnt, lediglich bei der Verstaatlichung von Monopolen wollte man von dieser Haltung abweichen. Weiterhin wurden in dem Programm zahlreiche Maßnahmen für einzelne Berufsgruppen angemahnt; weitere Abschnitte befassten sich mit den Themen Steuer- und Schulpolitik. So tauchte auch im Programm der DDP die populäre Forderung nach strenger Erfassung der Kriegsgewinne auf. Im Bereich der Schulpolitik hielt die Partei an der in Baden seit den 1870er Jahren etablierten christlichen Simultanschule fest. Abschließend wurde betont, dass den Frauen für die Zukunft nicht nur das aktive und passive Wahlrecht garantiert, sondern auch eine zeitgemäße Reform der gesamten Gesetzgebung im Sinne der Gleichberechtigung durchgeführt werden müsse (Konstanzer Zeitung, Nr. 343, 17.12.18).

Innerhalb weniger Tage waren der DDP programmatische Richtlinien an die Hand gegeben worden. Ebenso dringlich war allerdings die Konstituierung der Wahlkreiskonferenzen, die die Kandidatenlisten für die Wahlen zur badischen verfassunggebenden Versammlung aufzustellen hatten. Den Ortsvereinen oblag es, die Delegierten zu den Wahlkreiskonferenzen zu entsenden, so dass zur gleichen Zeit auch die Verschmelzung der nationalliberalen und demokratischen Vereine vorbereitet werden musste. In Konstanz beispielsweise wurde die Fusion am 17. Dezember 1918 vollzogen. Den Vorsitz des gesamtliberalen DDP-Ortsvereins übernahm der bekannte Rechtsanwalt und Landtagsabgeordnete Martin Venedey, nachdem in der zuvor geführten Debatte die Nationalliberalen trotz ihrer Mehrheit auf das anerkannte formelle Recht, den 1. Vorsitzenden zu stellen, verzichteten. Dieses Vorgehen, d. h. die zurückhaltende Formulierung eigener Ansprüche von nationalliberaler Seite, konnte an vielen anderen Orten beobachtet werden, so dass in der Regel einem ehemaligen Angehörigen der FVP der Vorsitz in den DDP-Ortsvereinen übertragen wurde. Im Vorfeld der Wahlkreisversammlungen war

vereinbart worden, dass bei der Aufstellung der Kandidatenlisten ehemalige Nationalliberale und ehemalige Fortschrittler paritätisch zum Zuge kommen sollten.

Nach Bewältigung dieser umfangreichen organisatorischen Arbeiten stand der DDP für die eigentliche Wahlkampagne nur noch zwei Wochen Zeit zur Verfügung. In den Wahlkampfauftritten ihrer Spitzenkandidaten ging es vor allem darum, die Wählerschaft mit den programmatischen Grundsätzen der Partei vertraut zu machen. Diesem Anliegen dienten u. a. die zwecks Wahlwerbung verteilten Flugblätter, die sich häufig an bestimmte Berufs- und Gesellschaftsgruppen richteten. Wie alle anderen Parteien warb die DDP besonders intensiv um die erstmals wahlberechtigten Frauen. Am 5. Januar 1919 erzielte die DDP bei den Wahlen zur Badischen Nationalversammlung 22,8% der abgegebenen Stimmen und lag damit hinter Zentrum und SPD auf Platz drei in der Wählergunst. In die verfassunggebende Versammlung konnte sie damit 25 Abgeordnete entsenden. Viele Politiker der DDP hatten aber auf ein besseres Abschneiden gehofft: Während Hermann Dietrich das Wahlergebnis als leidlich bezeichnete (GLA Karlsruhe: 69 P/ 36, 242), empfand es Martin Venedey bereits am Wahlabend als höchst unbefriedigend und machte in erster Linie das neue Frauenstimmrecht für das Resultat verantwortlich (Konstanzer Zeitung, Nr. 5, 6.1.19). Trotzdem schien mit dem Ergebnis eine gute Ausgangsbasis für den weiteren Aufbau der Landesorganisation der DDP in Baden geschaffen worden zu sein.

2. Die demokratische Parteiorganisation in Baden

In den folgenden Monaten war die DDP vor allem darum bemüht, in der Öffentlichkeit den Eindruck von inhaltlicher und personeller Geschlossenheit zu vermitteln. Auf der 1. ordentlichen Landesversammlung am 30. März 1919 in Karlsruhe wurde die Gründung der DDP zum Abschluss gebracht. Bei der Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses wurde äußerst genau darauf geachtet, Politiker von nationalliberaler und linksliberaler Seite jeweils zu gleichen Teilen zum Zuge kommen zu lassen. Zum 1. Vorsitzenden bestimmten die Parteitage delegierten den ehemaligen Fortschrittspolitiker Hermann Hummel, zum 2. Vorsitzenden den Nationalliberalen Hermann Dietrich.

Die 2. Landesversammlung der DDP fand im April 1920 in Baden-Baden statt. Die im Tätigkeitsbericht von Generalsekretär Dees vorgelegten Zahlen dokumentierten, dass die Partei anfangs über eine sehr ansehnliche Parteiorganisation verfügte. In Baden existierten zu diesem Zeitpunkt insgesamt 222 Ortsvereine mit rund 44.000 Mitgliedern. Neben dem Generalsekretariat in Karlsruhe bestanden weitere sechs Parteisekretariate in Konstanz, Singen,

Lörrach, Freiburg, Heidelberg und Mannheim. Im Generalsekretariat war eine besondere Frauenabteilung untergebracht, die mit der Weitergabe von Lehr- und Instruktionmaterial sowie der Veranstaltung von Schulungskursen Frauen zur politischen Mitarbeit in den Ortsvereinen heranziehen wollte. Außerdem waren in 15 Orten demokratische Jugendgruppen gegründet worden.

Im organisatorischen Bereich unternahm die Partei also vielfältige Bemühungen, ihre Strukturen den Erfordernissen des politischen Massenmarktes anzupassen. Doch wie ihre liberalen Vorgängerparteien litt die DDP an Merkmalen einer überkommenen Honoratiorenpartei. Denn trotz wiederholter Aufforderungen des Generalsekretariats, regelmäßig politische Versammlungen oder auch Familienabende zu veranstalten, gab es häufig lange Perioden, in denen die Tätigkeit in den Ortsvereinen ruhte. In den meisten Vereinen lastete der gesamte Aufwand für eine geregelte Vereinsarbeit auf wenigen Schultern. Deshalb schief bei einem Rücktritt oder einem Wegzug eines Ortsvereinsvorsitzenden nicht selten der gesamte Verein ein.

Als unüberwindliches Hindernis beim Aufbau eines modernen Parteiapparates erwies sich die Finanzlage der Partei. Dem badischen Landesverband der DDP fehlte von Anfang an eine adäquate finanzielle Basis für seine Tätigkeit, da die Zahlungsmoral der Ortsvereine meist sehr schlecht war. Laut dem auf dem Landesparteitag 1920 vorgelegten Kassenbericht hatte die DDP für die Zeit vom 7. April bis 31. Dezember 1919 Einnahmen in Höhe von 86.526 M zu verzeichnen gehabt, davon entfielen u. a. 71.614 M (knapp 83%) auf einmalige Spenden von Parteifreunden, aber lediglich 5.209 M (6%) auf Abgaben der Vereine. Allen Parteitagsbeschlüssen und Appellen der Landesgeschäftsstelle zum Trotz blieben Zahlungen der Vereine durchgängig vereinzelt. Deshalb war die DDP nicht nur zur Finanzierung der kostspieligen Wahlkämpfe, sondern sogar für die Bestreitung der laufenden Kosten auf Spendensammlungen unter vermögenden Mitgliedern und Sympathisanten angewiesen. Dabei handelte es sich um einen überschaubaren Kreis von ca. 15 Personen aus Handel und Industrie, der wiederholt um Spenden gebeten wurde. Die größten Summen stellten der Weinheimer Fabrikant Richard Freudenberg, ab 1925 Mitglied im Parteivorstand, und Hermann Dietrich selbst bereit, der durch die Heirat seiner ersten Frau aus einer Kehler Fabrikantenfamilie zu einem gewissen Vermögen gekommen war. Überweisungen der Reichsgeschäftsstelle an den badischen Landesverband waren eine absolute Ausnahme, da die badische DDP im Gegensatz zu vielen anderen Landes- und Wahlkreisverbänden als handlungsfähig galt. Doch blieb auch sie ihre Zahlungsverpflichtungen der Reichspartei schuldig, z. B. brachte sie 1926 und 1927

eine Kopfsteuer auf jedes eingeschriebene Mitglied in Höhe von 60 Pf. pro Jahr nicht auf. Das Finanzproblem der DDP war also stets akut und betraf alle Organisationsebenen der Partei gleichermaßen.

Was die Parteipresse betrifft, unterstützten 1920 im ganzen Land 45 Zeitungen die Ausrichtung der DDP. Damit hatte die DDP bereits Einbußen hinnehmen müssen, denn 1910/11 waren von den damals insgesamt 186 badischen Zeitungen 63 als gemäßigt liberal oder nationalliberal bezeichnet worden. Folglich war die Mehrzahl der Zeitungen aus dem nationalliberalen Lager zur DDP gestoßen, da die linksliberale Presse nur über eine schwache Stellung verfügt hatte. In den politischen Auseinandersetzungen nahmen Zeitungen wichtige Aufgaben wahr: Sie betrieben die Aufklärung der Wählerschaft, kündigten Versammlungen und Veranstaltungen an, kommentierten Artikel aus der Presse des politischen Gegners und wiesen Gerüchte und Vorwürfe zurück. Der Tradition liberaler Parteien entsprechend übte die Parteiführung keinen starken Druck auf die ihr nahestehende Presse aus, die folglich die Politik der badischen DDP freimütig und kritisch kommentierte. Um der Uneinheitlichkeit der Berichterstattung entgegen zu wirken, versorgte die vom Generalsekretariat betreute *Badische Politische Correspondenz* die liberale Presse mit politischem Material, Artikeln und parteiinternen Informationen. Allerdings fehlten der DDP bereits 1920 in den Großstädten Freiburg und Pforzheim Tageszeitungen, die sich für die demokratische Sache einsetzten. Im Jahr darauf verfügte die DDP nicht einmal mehr in Karlsruhe über ein Presseorgan. Als letzte von drei Zeitungen, die ursprünglich im Sinne der DDP berichtet hatten, erklärte die *Badische Landeszeitung* im Herbst 1921, dass sie künftig die Politik der DVP unterstützen werde.

Als 1920 die Zahlen über den Umfang der Parteiorganisation wie des Pressewesens bekannt gegeben wurden, hatte die DDP ihren Höhepunkt schon überschritten. Denn mit der Gründung der DDP setzten sofort wieder parteiinterne Auseinandersetzungen über den einzuschlagenden politischen Kurs ein, während aufgrund des mangelnden Arbeits- und Zahlungswillens Defizite in der Organisation fortbestanden, unter denen bereits die liberalen Parteien im Kaiserreich gelitten hatten. Diese Probleme trugen nicht unwesentlich zum allgemeinen Niedergang des Liberalismus in Deutschland bei, der Ende des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte und sich Anfang der 1920er Jahre dramatisch beschleunigte. Der Mitgliederstand der DDP sank in Baden von den erwähnten 44.000 Mitgliedern 1920 auf gerade noch gut 7.000 Mitglieder zu Beginn des Jahres 1926. Dank einiger Anstrengungen des Generalsekretariats stieg die Zahl der Mitglieder bis 1929 kurzfristig auf ca. 9.000 an, bis im Zuge der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre die Partei fast völlig zusammenbrach.

Das Spektrum der politischen Anschauungen war in den liberalen Parteien traditionell sehr breit gefächert. Unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts hatten die Stichwahlabkommen der badischen Nationalliberalen mit den Linksliberalen und der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen am Anfang des Jahrhunderts für heftige Kritik des rechten Parteiflügels gesorgt. Doch waren die Nationalliberalen vor dem Ersten Weltkrieg zunehmend auf Bündnispartner angewiesen gewesen, um sich vor allem gegen die starke Konkurrenz des Zentrums in den ländlichen Wahlkreisen behaupten zu können. Erst in der Umbruchsituation 1918/19 schienen die Gegensätze zwischen den liberalen Richtungen überbrückt werden zu können.

Bereits im Frühjahr 1919 offenbarte sich allerdings, dass der unter enormen Zeitdruck durchgeführten Parteigründung ein improvisierter Charakter anhaftete. Sobald durch die Zurückdrängung der Arbeiter- und Soldatenräte die vermeintlich drohende Gefahr einer sozialistischen Umwälzung gebannt war, brachen die alten Konfliktlinien zwischen Links- und Nationalliberalen wieder auf. Nur wenige Wochen nach den Wahlen im Januar 1919 betrachteten viele ehemalige Parteigänger der NLP die Parteienfusion als einen schweren Fehler und wollten sie nur noch als befristetes Wahlbündnis verstanden wissen.

Ein Mannheimer Liberaler beschwerte sich, dass das Bündnis aufgrund taktischer Versäumnisse den badischen Nationalliberalen nur Verluste eingebracht habe. Denn von den zuvor noch 20 Mandaten im Landtag seien nur 12, von den vier Sitzen im Reichstag lediglich zwei behauptet worden, während die Demokraten im Landtag von sechs auf 13 Mandate angewachsen seien. Das Gefühl von den Linksliberalen übervorteilt und deshalb auch zu sehr in die Nähe der Sozialdemokratie gerückt worden zu sein, veranlasste viele Parteigänger der alten NLP, schon nach kurzer Zeit der DDP den Rücken zu kehren. Besonders in Mannheim und Heidelberg kam es bei der Gründung der DDP zu heftigen Rangeleien hinter den Kulissen. In beiden Städten hatte auch die FVP eine erhebliche Anhängerschaft besessen, der es gelungen war, Nationalliberale von Führungsämtern in der DDP weitgehend fernzuhalten. Deshalb fand der Aufbau eines badischen Landesverbandes der DVP ihren Ausgangspunkt mit Ortsvereinsgründungen in Mannheim und Heidelberg im Februar 1919. Die DVP nahm ebenso wie die badische DDP das Erbe der NLP für sich in Anspruch. Doch auch der konservativen *Deutsch-nationalen Volkspartei* (DNVP) schlossen sich Nationalliberale an, so dass aufgrund dieser Konkurrenzsituation in Baden wie zuvor im übrigen Reich der Traum von einer gesamtliberalen Partei jäh platzte.

In seinen Lebenserinnerungen (GLA Karlsruhe: 65/ 20034) bekannte Hermann Hummel, dass er mit großen Bedenken an die Spitze der badischen DDP getreten sei, weil die Partei schon bei ihrer Gründung den „Krankheitskeim“ in sich getragen habe. „Auf der einen Seite hatten sich verschämte Sozialisten, auf der anderen kleinliche Antidemokraten in die Partei geflüchtet, ein Gegensatz, der bis in die Führung spielte, so dass (...) schon deswegen eine innere Reibung in der Partei vorhanden war, welche sie zum Spielball der anderen machte.“ In der Tat hatten sich viele Liberale nur mit Vorbehalten zur Republik bekannt. Mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, des sogenannten „Schandfriedens“, hatte die junge deutsche Republik die Hoffnungen vieler Deutscher enttäuscht. Im Kampf um den geeigneten Weg zur Revision des Versailler Vertrags spitzte sich die innenpolitische Lage zu. Denn mit Hilfe der populären „Dolchstoßlegende“ gelang es konservativen und deutschnationalen Kreisen, die Republik und die sich zu ihr bekennenden Parteien zu diffamieren.

Trotz der schon seit 1919 einsetzenden Abwanderung von Wählern und Mitgliedern entwickelte sich die DDP weder im Reich noch in Baden zu einer einheitlichen Partei. Wiederholt gelang es ihr nicht, in zentralen politischen Fragen geschlossene Position zu beziehen. Dieses Grundproblem zeigte einmal mehr Wesenszüge einer Honoratiorenpartei, weil es üblich war, die eigene Meinung dem Wohl der Partei voranzustellen. Besonders fatal wirkte sich für die DDP aus, dass angesichts der angespannten Wirtschaftslage (Versorgungsengpässe, Reparationen, Inflation) die Vertretung ökonomischer Interessen eine immer größere Rolle in der Politik spielte. Denn die äußerst heterogene soziale Struktur der Parteibasis machte es unmöglich, den unterschiedlichen berufsständischen Forderungen ihrer Anhängerschaft in vollem Umfang Genüge zu leisten. Vielmehr musste sie sowohl für einen innerparteilichen Interessenausgleich sorgen als auch als langjährige Regierungspartei im Reich und in Baden unbequeme Kompromisse mit anderen Parteien schließen. Dagegen fiel es den zu Beginn der 1920er Jahre aufkommenden Interessenparteien wie dem *Badischen Landbund* leicht, den Forderungskatalog eines einzelnen Berufsstandes zu vertreten. In erheblichem Umfang warben sie der DDP und den anderen etablierten bürgerlichen Mitglieder und vor allem Wähler ab. Die DDP galt in der öffentlichen Wahrnehmung als eine Beamtenpartei, doch traf dies nur begrenzt zu.

Im September 1929 informierte die Landesgeschäftsstelle die Parteimitglieder über die berufsständische Gliederung von 30 Ortsvereinen, darunter die Vereine in den Großstädten Freiburg und Karlsruhe. Von den insgesamt über 3.100 berücksichtigten Mitgliedern waren ca. 26% Beamte, 23% Vertreter von Handel und Industrie sowie 20% Handwerker. Der Anteil von

Freiberuflern und Arbeitern lag bei jeweils ca. 8%, derjenige von Frauen bei ca. 10%. Während in Freiburg und Karlsruhe immerhin knapp ein Fünftel der Mitglieder weiblich war, gab es mehrere ländliche Ortsvereine, in denen keine einzige Frau als Mitglied verzeichnet war. Besonders auffallend ist jedoch, dass kaum noch Landwirte der Partei angehörten, ihr Anteil an der Mitgliederschaft lag bei etwas über 1%. Dabei war es die erklärte Absicht von Hermann Dietrich gewesen, weitgehendste Rücksicht auf die Interessen der Landwirtschaft zu nehmen.

Auch wenn sich Hermann Dietrich (1879-1954) bis 1925 mit dem Posten des 2. Vorsitzenden begnügte, stieg er dank seiner persönlichen Kontakte und seines umfangreichen finanziellen Engagements binnen kürzester Zeit zur maßgeblichen Führungspersönlichkeit in der Landesorganisation auf. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften hatte Dietrich sein Betätigungsfeld zunächst in der Kommunalpolitik gefunden. 1912 zog er als Abgeordneter in den Badischen Landtag ein, 1914 erfolgte seine Wahl zum Oberbürgermeister in Konstanz. Bis Ende 1918 war Dietrich auch in die Führungsgremien der NLP aufgestiegen, in denen er zu den stärksten Befürwortern eines Zusammengehens mit der FVP gehörte.

Zielstrebig baute er ab 1919 den badischen Landesverband der DDP zu seiner Hausmacht aus, die ihm als Rückhalt bei seiner angestrebten Karriere in der Reichspolitik dienen sollte. Im Juni 1920 wurde Dietrich Abgeordneter des Reichstags. Fortan hielt er sich überwiegend in Berlin auf, doch ließ er sich vom Generalsekretariat und von Vertrauenspersonen ständig über Vorgänge in der badischen Politik und in der Landespartei unterrichten, so dass er gegebenenfalls in allen schwebenden Fragen eingreifen konnte. Gemäß seiner politischen Überzeugung beabsichtigte Dietrich, die DDP als Partei der Mitte zu positionieren, die sich unter starker Betonung des nationalen Gedankens für mittelständische Interessen einsetzen und damit im wesentlichen die Linie der NLP fortsetzen sollte. Denn eine einseitige Orientierung der DDP an der Politik der SPD lehnte er vehement ab, so dass er mehrfach seinen persönlichen Einfluss geltend machte, um exponierte Linksliberale in ihrem Wirkungskreis zu beschränken.

Umso härter traf es ihn, dass ihm viele ehemalige Gesinnungsgenossen nicht die Treue hielten, da sie sich von den vorhandenen linksliberalen Tendenzen in der DDP frühzeitig abschrecken ließen. Ab 1920 war Dietrich deshalb besonders daran gelegen, einen Weg der Verständigung mit der DVP zu finden. Langfristig schwebte ihm eine Vereinigung der beiden Parteien vor, um dereinst sein Ziel einer großen liberalen Partei verwirklicht zu sehen. Die Voraussetzungen dafür waren in Baden durchaus gegeben: In vielen Fragen bestand zwischen beiden Parteien

inhaltliche Übereinstimmung, zumal sie sich um die Mitte der 1920er Jahre mit Stimmenanteilen um die 9% bei Reichstags- und Landtagswahlen im Südwesten ebenbürtig waren.

Über Ansätze kam jedoch eine engere Fühlungnahme zwischen DDP und DVP nicht hinaus. Vor allem machtpolitische Ambitionen auf beiden Seiten standen einer Annäherung wiederholt im Wege. Im Ringen um Regierungsbeteiligung und konkreten Einfluss in Form von Kabinettsposten ließen sie sich mehrfach von den großen Parteien Z und SPD gegeneinander ausspielen.

3. Die Rolle der DDP in der badischen Landespolitik

Bis zur Verabschiedung der badischen Verfassung im Frühjahr 1919 hatte die vorläufige badische Volksregierung weiter amtiert. Danach wählte der Landtag die neue Staatsregierung, eine sogenannte „Weimarer Koalition“ aus Zentrumspartei, SPD und DDP. Diese Regierungskonstellation hatte, von einer einjährigen Unterbrechung 1925/26 abgesehen, bis 1929 Bestand.

Mit dem erklärten Willen, den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau im Südwesten Deutschlands voranzubringen, stellten die Regierungsparteien in den ersten Jahren die vorhandenen weltanschaulichen und programmatischen Gegensätze zum Wohle des Ganzen zurück. Dies schloss nicht aus, dass in einzelnen Fragen hart um eine Lösung gerungen wurde. Im Oktober 1919 hatte der Landtag über die Auszahlung einer „Beschaffungsbeihilfe“ an die Staatsbeamten und -arbeiter zu entscheiden. Diese Forderung war aufgrund der einsetzenden Inflation und dem damit verbundenen Anstieg der Lebenshaltungskosten erhoben worden. Die Regierung lehnte die Forderung mit Rücksicht auf die angespannte Haushaltslage ab, überließ aber die Entscheidung den Regierungsfractionen. Vor allem auf Druck der SPD wurde im Landtag ein Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage eingebracht, der mit großer Mehrheit angenommen wurde. In der DDP-Fraktion stimmten 16 Abgeordnete für, 3 Abgeordnete gegen die Vorlage, 6 waren nicht anwesend.

In der nächsten Sitzung des Landtags wurde der Mandatsverzicht von 3 DDP-Politikern bekannt gegeben. Neben dem Linksliberalen Oskar Muser schieden auch der Fraktionsvorsitzende Friedrich König und Emil Goehring - beide waren von der NLP zur DDP gestoßen - aus dem Landtag aus. Der Vorgang belegt, dass die unterschiedlichen Anschauungen in Wirtschafts- und Finanzfragen innerhalb der DDP-Fraktion nicht nur auf den alten Gegensatz zwischen Links- und Nationalliberalen reduziert werden konnte. Allerdings bestanden auch zwischen

diesen beiden Gruppen weiterhin Rivalitäten und Animositäten, so dass von einem reibungslosen Zusammenwirken in der Fraktion keine Rede sein konnte. Vor allem Dietrich versuchte auch in ihren Reihen, die nationalliberale Richtung zu stärkerer Geltung zu bringen. Dass seine Absichten mit den Mandatsniederlegungen von König und Goehring einen Rückschlag erlitten hatten, gab er einem Parteifreund gegenüber offen zu: „Der Verlust der beiden alten nationalliberalen Parteifreunde war für mich insofern besonders unangenehm, als damit unser Einfluss in der Partei und in der Fraktion geschwächt war. Ich halte es noch immer nicht für ausgeschlossen, dass unser Einfluss sich in der neuen Partei mehr und mehr durchsetzt“ (GLA Karlsruhe: 69 P/ 36, 242).

In den nachfolgenden Legislaturperioden agierten die Fraktionen der Demokraten wesentlich geschlossener. Dies war aber vor allem dem Umstand geschuldet, dass nach der Landtagswahl 1921 die Abgeordnetenzahl von 25 auf 7 sank. Zwar verblieb die DDP in der Regierung, doch ihr Gewicht hatte entscheidend abgenommen, da Z und SPD auch ohne ihren Juniorpartner über eine absolute Mehrheit im Landtag verfügten. Dennoch hatten beide Parteien die DDP gebeten, im Kabinett zu verbleiben, da sie zwischen den beiden weltanschaulich weit auseinanderliegenden Parteien häufig eine vermittelnde Position einnahm. Die Regierung arbeitete daher in den meisten Fällen einvernehmlich weiter, so dass Baden in der Weimarer Zeit zu den wenigen Ländern gehörte, die sich durch eine beachtliche Stabilität wie Kontinuität auszeichneten. Um den liberalen Anteil in der Regierung zu stärken, mehrten sich in der DDP die Stimmen, die einer Regierungserweiterung um die DVP das Wort redeten.

Im Vorfeld der Landtagswahlen 1925 verschärfte sich allerdings der Ton zwischen den Koalitionsparteien. Das Z kündigte an, dass es künftig seine unangefochtene Stellung als stärkste Partei im Lande durch größeren Einfluss in der Regierung gewürdigt wissen wolle. Nach den Wahlen schleppten sich die Koalitionsverhandlungen wochenlang hin. Im Sinne der DDP war zunächst über eine Große Koalition (SPD, DDP, Z, DVP) verhandelt worden, da aber die DVP im Wahlkampf die Parole für eine Rechtsregierung ausgegeben hatte, waren in der SPD die Widerstände gegen eine Aufnahme der DVP ins Kabinett zu stark. Schließlich bildeten allein Z und SPD die Regierung, nachdem sich auch die DDP verärgert von den Verhandlungen zurückgezogen hatte. Nach dem Willen des Z sollte sie nicht mehr am turnusmäßigen Wechsel im Amt des Staatspräsidenten beteiligt werden und dem Z zudem das Kultus- und Unterrichtsministerium überlassen. Dieses Ministerium betrachtete aber die DDP als ihre Domäne, um die liberalen Errungenschaften aus der Zeit des Kulturkampfes zu bewahren.

Die gemeinsame Oppositionsstellung bot DDP und DVP die Gelegenheit, in allen Fragen einen Austausch zwischen den Fraktionen zu pflegen. Außerdem vereinbarten beide Seiten, für den Fall neuer Koalitionsverhandlungen nur gemeinsam in die Regierung einzutreten. Im Herbst 1926 zeigte sich jedoch, dass die Bedingungen von Z und SPD diktiert wurden. Im Kabinett war nur ein Ministerposten zu vergeben, doch mit den zur Kompensation angebotenen zwei Staatsräten (stimmberechtigte Regierungsmitglieder ohne Geschäftsbereich) mochte sich keine Partei zufrieden geben. Schließlich erlebte die „Weimarer Koalition“ nochmals eine Neuauflage, doch zeigte sich wegen Auseinandersetzungen in kulturpolitischen Fragen (Reichsschulgesetz, staatliche Dotationen an die Kirchen) eine wachsende Entfremdung zwischen den Parteien.

Nach den Landtagswahlen 1929 schien sich tatsächlich eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden liberalen Parteien anzubahnen. Während Z und SPD wieder allein in der Regierungsverantwortung standen, bildeten die Fraktionen von DDP und DVP eine „liberale Arbeitsgemeinschaft“, um ihre Parlamentstätigkeit mehr aufeinander abzustimmen. Außerdem gingen beide Parteien für die Reichstagswahlen 1930 sowohl in Baden als auch in Württemberg eine Listenverbindung miteinander ein. Eine weitere Annäherung blieb jedoch aus. Denn im Sommer 1931 kündigte die DVP die Arbeitsgemeinschaft auf und trat in die Regierung ein, die DDP verblieb in der Opposition, da sie insbesondere die von der badischen Regierung mit der Kurie geführten Verhandlungen über den Abschluss eines Konkordates ablehnte. Damit trat ein, was Hermann Dietrich bereits im Dezember 1926 vorausgesagt hatte: „Die Geschichte wird uns für den mangelhaften Verständigungswillen, der bei beiden liberalen Gruppen besteht, die Quittung dahin ausstellen, dass sie uns als Zwerge und Eigenbrödler charakterisiert. Niemand weiss das besser als ich und niemand bedauert es mehr“ (BA Koblenz: N 1004/ 229).

Fazit

Zusammenfassend läßt sich feststellen, dass viele von der Forschung am Beispiel der DDP-Reichsorganisation benannten Mängel und Versäumnisse auch im badischen Landesverband der DDP auftraten. Trotz aller Bemühungen der Parteileitung, einen modernen Parteiapparat aufzubauen, verharrte der Großteil der Basis in den traditionellen Handlungsmustern einer Honoratiorenpartei, in der aktive Werbung für die Parteiideale und finanzielles Engagement verpönt waren. Hinzu kam, dass die DDP mit ihrem aufrichtigen Eintreten für Republik und Demokratie vom vorherrschenden Zeitgeist in Deutschland zunehmend in die Defensive gedrängt wurde. Gleichzeitig konnte die DDP weder im Reich noch in Baden die ökonomischen

Interessen ihrer Klientel hinreichend befriedigen, zumal sie durch ihre häufigen Regierungsbeteiligung z. T. schmerzliche Kompromisse mit ihren Koalitionspartnern eingehen musste.

Dennoch fand die DDP bei ihrer Gründung in Baden bessere Bedingungen als im Reich vor. Im Dezember 1918 vollzogen Links- und Nationalliberalismus die Vereinigung zur DDP, während dieses Unterfangen in Berlin vorzeitig gescheitert war. Es war die Tragik des badischen Liberalismus, dass auch aufgrund der Berliner Parteieinflüsse die DDP als gesamtliberale Partei nicht lange Bestand hatte. Denn im Verlauf der 1920er Jahre zeigte sich sehr deutlich, dass die badische DDP in ihrer gesamten politischen und programmatischen Ausrichtung in der Tradition der Nationalliberalen Partei stand. Folglich waren im Gegensatz zur Reichspolitik DDP und DVP im Südwesten wesensverwandt. Wenn dennoch eine langfristige Perspektive für eine Wiedervereinigung nicht zustande kam, so lag dies in erster Linie an persönlichen Vorbehalten und machtpolitischen Ambitionen. Damit setzten sich die Liberalen in Baden dem Vorwurf aus, wegen mangelnder Verständigungsbereitschaft eine tragfähigere Basis für den parteipolitisch organisierten Liberalismus aus Eigenverschulden verspielt zu haben.

DISKUSSION

Die anschließende konnte aus technischen Gründen nicht aufgenommen werden.